

Wenig Sonne und viel Subventionen für die deutschen Solarstrom-Kollektoren

Die Öko-Lobby verteidigt absurde und sehr teure Privilegien

Von unserem Wirtschaftskorrespondenten in Deutschland, Peter Rásonyi

Die deutsche Solarindustrie boomt wie nirgendwo in der Welt, doch die dafür eingesetzten Subventionen sind erschreckend hoch. Deshalb sollen die Vergütungen ab 2009 etwas sinken. Die Solarlobby und ostdeutsche Landespolitiker laufen gegen die Pläne Sturm.

Berlin, im Mai

Im Innenhof der kleinen, schmucken Vertretung des Bundeslands Sachsen-Anhalt in Berlin stehen leuchtend gelbe Sonnenblumen-Arrangements. Den geladenen Politikern und Journalisten werden Sonnenblumen-Canapés, sonnig-gelbe Melonenkugeln und sonnengetrocknete Flugananas zu Cocktails und Bier gereicht. Doch leider fallen schwere Regentropfen in die schönen Blumengebinde, es ist empfindlich kühl, und die Gäste des Parlamentarischen Abends der ostdeutschen Solarindustrie drängen sich im engen Vorraum des Vortragssaals; kaum einer beachtet die im Hof ausgestellten, glitzernden Solarmodule. Der verregnete Frühlingsabend symbolisierte anschaulich die derzeitige Lage der deutschen Solarindustrie. Für die drinnen im Saal vereinten Unternehmensvertreter, Bundestagsabgeordneten und Wirtschaftsminister ostdeutscher Bundesländer, in denen sich besonders viele Solarproduzenten niedergelassen haben, scheint immer die Sonne. Doch die Wirklichkeit draussen, im wolkenreichen Land, sieht trüber aus: Die Interessenvertreter sind zusammengekommen, um gegen eine drohende Kürzung der jährlichen Milliarden subventionierung der Photovoltaikbranche zu trommeln.

Ein blühendes Geschäft

Die Lobbyisten werden nicht müde, ihre Branche mit beeindruckenden Wachstumswahlen wichtig zu machen. Die Solarindustrie (Anlagenbau ohne Stromerlöse) hat nach Angaben des Bundesverbands Solarwirtschaft im letzten Jahr 5,7 Mrd. € umgesetzt und 42 000 Arbeitskräfte beschäftigt. Drei Jahre früher waren es erst 1,6 Mrd. € bzw. 17 000 Arbeitsplätze gewesen. Und die Aussichten bleiben sonnig. Die jährlichen Wachstumsraten des Weltmarkts werden auf 20% bis 30% geschätzt, wovon der Marktführer Deutschland profitieren werde. Derzeit befinden sich 15 neue Fabriken im Bau. 2020, so hofft der Verband, wird die Branche schon 100 000 Arbeitsplätze zählen. Soll eine derartige Erfolgsgeschichte, so lautet die rhetorische Frage, nun durch die Regierung in Berlin gefährdet werden? Ausgerechnet im strukturschwachen Osten, wo die drei Länder Sachsen,



Bessere politische als klimatische Voraussetzungen: Solarkraftwerk auf dem Dach des Messegeländes in Freiburg.

KAISER / CARO

Sachsen-Anhalt und Thüringen zur besseren Vermarktung die Interessengemeinschaft «Solar Valley Mitteldeutschland» gegründet haben? Die emsigen Lobbyisten wissen genau, dass es kaum ein deutscher Politiker fertigbringen wird, auf diese Fragen mit einem klaren Ja zu antworten. Wirtschaftliche Argumente dafür gäbe es indes genug.

Das Wachstum der deutschen Solarindustrie ist eine direkte Folge des im Jahr 2000 von der damaligen rot-grünen Regierung in Kraft gesetzten und 2004 nochmals verschärften Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), das die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in die Stromnetze zu gesetzlich vorgeschriebenen Preisen erzwingt. Dadurch werden Anreize geschaffen, auch unwirtschaftliche Technologien wie die Photovoltaik zu nutzen. Um dem erwarteten technischen Fortschritt Rechnung zu tragen, sinkt der Vergütungssatz für neu installierte Anlagen jährlich um einen gewissen Prozentsatz, bei der Photovoltaik sind es 5%. So wird für Solarstrom aus einer 2004 aufgestellten Anlage während 20 Jahren, je nach Grösse, 54 bis 57,4 Cent je kWh bezahlt. Für Strom aus 2008 installierten Anlagen sind es 44 bis 46,8 Cent. Das entspricht immer noch etwa dem Acht- bis Neunfachen des Marktpreises für an der Europäischen Energiebörse (EEX) in Leipzig gehandelten Strom, und dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass der sehr unzuverlässig fliessende Solarstrom teure Reservekapazitäten erfordert. Die Kosten tragen die Verbraucher.

Wegen der jährlichen Degression der Vergütungssätze haben die Investoren Anreize, möglichst viele Anlagen möglichst schnell zu installieren. Das entspricht dem politischen Ziel des Gesetzes, das den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion von 3% im Jahr 2000 auf 14% in 2007 trieb. Wirtschaftlich kann das aber fatale Folgen haben. Die Solarbranche rühmt sich

hoher Investitionen von 1,9 Mrd. € bzw. 32% vom Umsatz. Diese flossen in den raschen Ausbau der Erzeugungskapazitäten, um mit der politisch angeheizten Nachfrage mithalten zu können. Für Forschung und Entwicklung in der «Leitindustrie» wurden nur 176 Mio. € ausgeben. Das waren bloss 3,1% vom Umsatz, etwa die Hälfte dessen, was beispielsweise in der reifen Autoindustrie üblich ist.

Geringer Umweltnutzen – hoher Preis

Die Folge dieser Mechanismen und der 2004 nochmals erhöhten Entgelte für Solarstrom war ein in der ganzen Welt noch nie gesehener Boom der Solarindustrie, der zu einem starken Wachstum der installierten Leistung in Deutschland führte (vgl. Grafik), zur Vervielfachung der Aktienkurse der mittelständischen Produzenten, aber auch zu Produktionsengpässen, die hohe Importe überwiegend aus Asien erforderten, sowie zur Verknappung und erheblichen Verteuerung des Rohstoffs Silizium.

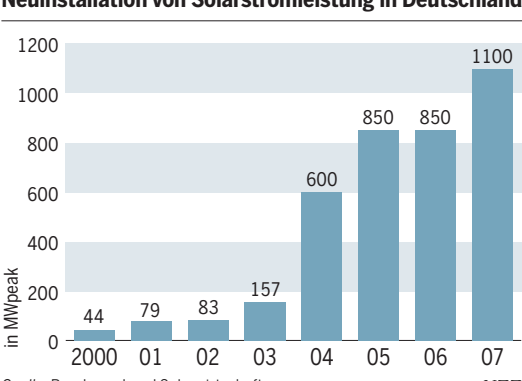
Nur die Umwelt hat davon kaum profitiert. Die Photovoltaik hat heute ein Gewicht im Subventionstopf für die erneuerbaren Energien, das in keinem Verhältnis zum Beitrag zur Stromproduktion steht. Wie das Rheinisch-Westfälische Institut (RWI) in einer kritischen Studie festhält, flossen 2006 1,2 Mrd. € oder 20% der Ausgaben für erneuerbare Energien in die Photovoltaik, die aber nur einen Anteil von 3,2% zur erneuerbaren und 0,4% zur gesamten Stromproduktion beitrug. Da die Vergütungssätze über 20 Jahre festgeschrieben sind, kumulieren sich die bisher eingegangenen Subventionsverpflichtungen bereits zu erschreckend hohen Summen. Selbst wenn die Förderung für Neuanlagen Ende 2007 eingestellt worden wäre, müssten (in Preisen von 2007) für die bereits installierten Anlagen kumuliert 29 Mrd. € an Stromvergütungen bezahlt werden. Unter Abzug der dadurch eingesparten konven-

tionell erzeugten Strommengen zu Marktpreisen beträgt die bisher aufgelaufene Subventionsverpflichtung 22 Mrd. €. Allein bis 2010 werden weitere 8 Mrd. € hinzukommen, und ein Ende des Wachstums ist nicht in Sicht.

Auf Basis dieser Zahlen erscheint auch die von der Branche gepriesene Schaffung von Arbeitsplätzen in einem schiefen Licht. So wird gemäss dem RWI im Durchschnitt jeder Arbeitsplatz mit jährlich 153 000 € gefördert, rund das Doppelte der Subventionierung im viel kritisierten Steinkohle-Bergbau. Völlig ineffizient ist auch der Beitrag zum Klimaschutz, da eine durch Photovoltaik eingesparte Tonne CO₂ je nach Vergleichsrechnung 600 € bis 1000 € kostet – ein Vielfaches der 25 €, die für die gleiche Leistung derzeit im Rahmen des europäischen Emissionshandelsystems bezahlt werden müssen. Da ist es klar, dass die Ökonomen des RWI eine drastische Reduktion der Vergütungssätze, die Plafonierung der Gesamtvergütung und mehr Investitionen in die Forschung fordern.

Mittlerweile hat auch die schwarz-rote Regierungskoalition bemerkt, dass hier etwas in ziemliche Schieflage geraten ist. Das Kabinett hat im Dezember einen Gesetzesentwurf für eine ab 2009 geltende Anpassung des EEG beschlossen, der eine stärkere Absenkung der Vergütungssätze für Solarstrom von 9% in 2009, 7% 2010 und 8% ab 2011 statt der bisherigen 5% vorsieht. Manche Politiker fordern gar eine einmalige Absenkung um bis zu 30% in 2009. Die Aktienkurse in der Solarbranche sind deshalb zu Jahresbeginn um bis zu 50% eingebrochen. Doch in den letzten Wochen haben sie sich wieder deutlich erholt. Das intensive, von ostdeutschen Landespolitikern unterstützte Lobbying der Branche scheint das Vertrauen wieder gestärkt zu haben, dass empfindliche Einschnitte in den lukrativen Subventionstopf doch recht unwahrscheinlich sind.

Neuinstallation von Solarstromleistung in Deutschland



Business oder First Class ?

ACE Multi Strategy Fund

- Multi-Strategie-Fonds für einen direkten Zugang zu verschiedenen alternativen Anlagestrategien
- Aktive Allokation für jede Strategie
- In USD, EUR, CHF und GBP verfügbar

Alternative Capital Enhancement

Luxemburgische SICAV zugelassen in der Schweiz als "Fonds mit besonderen Risiken".

19 Fonds für einen massgeschneiderten Zugang zu alternativen Anlagen

3A SA (Alternative Asset Advisors)
Mitglied der SYZ & CO Gruppe
Genf | Zürich | Lugano | Locarno | London | Luxemburg
Mailand | Rom | Salzburg | Nassau | Hong Kong

www.3-a.ch



Die SYZ & CO Gruppe besteht aus mehreren Gesellschaften, unter anderem Bank SYZ & CO AG und 3A SA.

ALTERNATIVE CAPITAL ENHANCEMENT (ACE) ist eine luxemburgische SICAV (Société d'Investissement à Capital Variable) zugelassen in der Schweiz als "Fonds mit besonderen Risiken". ACE besteht aus einer Familie von mehreren Hedge-Dachfonds, die verschiedenen alternativen Anlagestrategien entsprechen. Eine Anlage in ACE birgt erhebliche Risiken. Die mit einer Anlage in Hedge Fonds verbundenen Risiken sind mit denen von traditionellen Effektenfonds, die in börsenkotierte Wertpapiere investieren, nicht vergleichbar. Die Erreichung der Anlageziele kann von ACE nicht garantiert werden. Die Anlageergebnisse können zudem beträchtlichen Schwankungen unterliegen, und die Anleger gehen das Risiko ein, den ganzen Anlagebetrag oder einen Teil davon zu verlieren. Potenzielle Anleger sollten sorgfältig prüfen, ob der Kauf von Anteilen für sie auf Grund ihrer finanziellen Situation in Frage kommt (siehe Abschnitt «Risikofaktoren» des Verkaufsprospekts). Der Verwaltungsrat der ACE ist jedoch bemüht, die Risiken durch eine strenge Auswahl der Anlagen im Rahmen eines Due-Diligence-Verfahrens zu minimieren (siehe Abschnitt «Vermögensverwaltung» des Verkaufsprospekts). Auf der Grundlage von Jahresabschlüssen können keine Anteile gezeichnet werden. Zeichnungen besitzen nur dann Gültigkeit, wenn sie auf der Grundlage des aktuellen Verkaufsprospekts erfolgen. Potenzielle Anleger können am Sitz der ACE kostenlos folgende Unterlagen anfordern: Die Satzung, den Verkaufsprospekt, den Jahresbericht und die Halbjahresberichte sowie eine Aufstellung der Wertpapierbestandsveränderungen im Portefeuille jedes Einzelfonds während der betreffenden Periode. In der Schweiz sind die Unterlagen beim Vertreter erhältlich. Die börsenrechtliche Bekanntmachung findet in der Schweiz in Le Temps und im Schweizerischen Handelsamtsblatt. Die historische Performance stellt keinen Indikator für die laufende oder zukünftige Performance dar. Die Performanceindikatoren lassen die bei der Ausgabe und Rücknahme der Anteile erhobenen Kommissionen und Kosten unberücksichtigt. Vertreter und Zahlstelle in der Schweiz: Bank SYZ & CO AG, rue du Rhône 30, CH-1204 Genf.